

Inhalt

Inhalt		I
Abkürzungen		V
Vorwort		IX
Einleitung		1
1. Kapitel : Die Periode der Vorbereitung der Einflußnahmen		8
A Die Voraussetzungen		8
I Die britisch-amerikanische Sicht des deutschen Beamtenwesens		8
1. Gesamtschau der politisch-sozialen Situation		8
2. Das deutsche Beamtenwesen		12
3. Die Vereinbarkeit von öffentlichem Amt und parlamentarischem Mandat		22
II Die Inkompatibilitätsregelungen in den Ländern der Beteiligten		31
1. Großbritannien		33
a) Ursprung des Inkompatibilitätsgebots		33
b) Die Wahrung staatlicher Neutralität als Initiator eines modernen Beamten- tums		37
c) Die Überprüfung des Inkompatibilitäts- rechts		45
d) Passives Wahlrecht und Unparteilich- keit, Gleichheitssatz, Leistungsfähig- keit der Verwaltung, Demokratie, Ver- trauen der Öffentlichkeit, Verfassungs- status		51
e) Erstreckung des Inkompatibilitäts- gebots		58
2. Die USA		61
a) Ursprung des Inkompatibilitätsgebots		61
b) Die Wahrung staatlicher Neutralität als Initiator eines modernen Beamten- tums		66
c) Die Überprüfung des Inkompatibilitäts- rechts		77
d) Passives Wahlrecht und "Reinlichkeit der Politik", anti-governmentales Prin- zip, Leistungsfähigkeit und Flexibilität der Verwaltung, Vertrauen der Öffentlich- keit, Unparteilichkeit, Freiheitsrechte, Demokratie, Verfassungsstatus		87
e) Erstreckung des Inkompatibilitätsge- bots		95
3. Deutschland		97
III Die Vorstellungen und Absichten der Alliierten zur Demokratisierung von Nachkriegs- deutschland		98
1. Die Reform des allgemeinen öffentlichen und privaten Lebens		103
2. Die Reform des Beamtenwesens		110
3. Die Neugestaltung des passiven Wahlrechts der öffentlichen Bediensteten		122

II

B Die Vorbereitungen der Einflußnahme	 134
I Konferenzen	 134
II Detailpläne	 138
2. Kapitel : Die Periode der Einflußnahmen	 150
A Die Frühzeit	 150
I Der Zeitraum unmittelbar nach dem Zusammenbruch	 150
II Späte Frühzeit	 151
1. Britische Zone	 151
2. Amerikanische Zone	 154
B Die alliierten Einflußnahmen seit dem Jahre 1946	 157
I Die britische Zone	 158
1. Niedersachsen	 159
2. Schleswig-Holstein	 182
3. Nordrhein-Westfalen	 200
4. Hamburg	 216
5. Bremen bis 31.12.1946	 228
II Die amerikanische Zone	 231
1. Bayern	 234
2. Württemberg-Baden	 250
3. (Groß-)Hessen	 261
4. Bremen ab 1.1.1947	 272
III Einwirkungen auf die Gesetze der Bizone	 275
1. Frühstadium	 275
2. Gesetz über das Personalamt vom 23.6.1948 und Übergangsgesetz über die Rechtsstellung der Verwaltungsangehörigen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 23.6.1948	 277
3. Vorbereitung eines umfassenden Personalgesetzes	 284
IV Einwirkungen auf die Vorschriften des Bundes.....	311
1. Grundgesetz	 311
2. Wahlgesetz zum ersten Bundestag v.15.6.1949...	338
3. Vorläufiges Bundespersonalgesetz vom 17.5.1950 mit Durchführungsverordnung v.17.6.1950..	345
4. Bundesbeamtengesetz vom 14.7.1953	 357
5. Gesetz über die Rechtsstellung der in den ersten Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 11.5.1951	 365
6. Sonstige Gesetze mit Inkompatibilitätsbestimmungen	 370
V Einwirkungen auf die nachkonstitutionellen Bestimmungen der Länder der britischen Zone	 370
1. Niedersachsen	 371
2. Schleswig-Holstein	 372
3. Nordrhein-Westfalen	 373
4. Hamburg	 376

III

VI	Einwirkungen auf die nachkonstitutionellen Bestimmungen der Länder der amerikanischen Zone.....	377
1.	Bayern	 377
2.	Württemberg-Baden	 385
3.	Hessen	 397
4.	Bremen	 406
C	Auffallende Aspekte dieser Einwirkungen	 413
I	Unterschiede der britischen und amerikanischen Einflußnahmen nach der Intensität und nach den Modalitäten	 413
II	Schwankungen im Inhaltlichen	 419
3.	Kapitel : Die Auswirkungen dieser Einflußnahmen im Überblick	 423
4.	Kapitel : Die Gründe für diesen Umfang der Auswirkungen	 426
A	Gründe auf alliierter Seite	 426
I	Mängel der Behördenorganisation	 426
II	Schwierigkeiten bei der Erfassung der tatsächlichen Umstände	 426
III	Verkennung der Kampfsituation, Hands off policy	 429
B	Gründe und Argumente auf deutscher Seite	 431
I	Erfassungsschwierigkeiten, Mangel am Willen zu rationaler Einsicht	 431
II	Starker deutscher Widerstand unter Berufung auf zahlreiche Argumente	 435
1.	Tatsächliche und rechtliche Unterschiede in Großbritannien und den USA und Deutschland	 436
2.	Hinweis auf die deutsche Tradition	 437
3.	Mangel an geeigneten Personen	 440
4.	Sachverstand im Parlament	 442
5.	Inkompatibilität und Gleichheitssatz	 446
6.	Inkompatibilität bedeute "Gefahr für den Staat"	 448
7.	Zurückweisung des Prinzips der Gewaltenteilung	 449
8.	Argumentationen nach Gegenüberstellung von Gesetzen	 451
9.	Lösung des Wählbarkeitsproblems auf höherer Ebene	 452
10.	Widerspruch: Oktroi der Demokratie; sachliche Widersprüche der Einflußnahmen	 452
11.	Gegenvorstellungen hinsichtlich der Gemeinde- und Wahlbeamten, Lehrer, Hochschuldozenten, Richter und Angestellten	 455
12.	Deutsches Selbstbewußtsein	 457
13.	Methoden der Taktik	 459
C	Die Stellung und die Rolle der einzelnen Träger des deutschen Widerstandes	 462
I	Die Beamtenschaft	 462

IV

II Die Beamtenorganisationen		465
1. Die Beamtenverbände		465
2. Die Gewerkschaften		468
3. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft		473
III Die Verwaltungen und Regierungen		473
1. Die Verwaltungen		473
2. Die Regierungen		475
IV Die Stellung und Rolle der Parteien		475
1. Die CDU		475
2. Die SPD		477
3. Die FDP/DVP/LDP		480
4. Die KPD		482
5. Sonstige Parteien		489
6. Allgemeine Gründe für die Ablehnung der Inkompatibilität durch die Parteien		490
D Die Stellung und Rolle der öffentlichen Meinung		496
5. Kapitel : Zusammenfassung		499
Anhänge		502
I Allgemeines: Anhang Nr. 1-5		503
II Belege für die britische Zone: Anhang Nr. 6-14		516
III Belege für die amerikanische Zone: Anhang Nr. 15-18		530
IV Belege für die Bizone und die Bundesrepublik Deutschland: Anhang Nr. 19-25		535
V Vitae der befragten Personen		546
Akten		549
Protokolle gesetzgebender Körperschaften		552
Bibliographien		556
Literatur		557